

# Die Nazis passen nicht zu Deutschland – ihre Parolen schon.

**W**enn Neonazis mal wieder aufmarschieren, seid ihr zur Stelle. Ihr demonstriert dagegen, dass die Rechtsradikalen undemokratische, ausländerfeindliche, rassistische oder nationalistische Parolen grölen: „Ausländer raus!“, „Volksgemeinschaft statt Globalisierung!“ oder „Arbeitsplätze für Deutsche!“

Einige von euch finden das öffentliche Auftreten von Neonazis mindestens *unwürdig* für Stadt und Land. Ein „brauner Aufmarsch“ hätte in Nürnberg, Dresden oder Hamburg nichts verloren, er würde zu dem demokratischen Deutschland von heute nicht *passen*, weshalb ihr den Nazis ein „buntes Bündnis“ entgegenstellt. Nur: Habt ihr euch eigentlich schon mal ernsthaft gefragt, *was da nicht passen soll?* Habt ihr euch wirklich schon mal Rechenschaft darüber abgelegt, was an dem politischen Programm von Rechtsradikalen, denen ihr die „rote Karte“ zeigen wollt, so grundsätzlich *unverträglich* mit dem offiziellen deutschen Staatsprogramm der Regierung Merkel sein soll?

Andere von euch sind dagegen der Meinung, dass sich die Neonazis gar nicht, wie so oft behauptet, „am Rande der Gesellschaft“ befinden, sondern mit ihren Ideologien die herrschenden Verhältnisse nur auf die „Spitze treiben“. Faschisten kommen nach euren Worten „aus der Mitte der Gesellschaft.“ Bloß: Wie kommt ihr dann auf die Idee, ausgerechnet die rechte Splittergruppe, die von der „Mitte der Gesellschaft“ geächtet und ausgegrenzt wird, zu eurem Hauptgegner zu erklären? Nehmt ihr eure eigene Kritik an dem „ausbeuterischen und nationalistischen Normalzustand“ dieser Gesellschaft überhaupt ernst, wenn ihr ihn vordringlich und zu allererst bei den Faschisten kritisieren und bekämpfen wollt?

Schaut man sich die Parolen der Braunen einmal an, fragt man sich schon: Gegen welchen demokratischen Konsens verstoßen die eigentlich?

## ☛ „DEUTSCHLAND DEN DEUTSCHEN, AUSLÄNDER RAUS!“

Klar, *sagen* tut das *so* niemand unter den gewählten Politikern, sie haben es sogar verboten. Schließlich haben sie ja auch Millionen ausländischer Arbeitskräfte nach Deutschland karren lassen, damit sie ihren billigen Dienst an der deutschen Nation verrichten. Zahllose unter ihnen dürfen das nicht mehr, sie sind überflüssig gemacht worden, weshalb alle regierenden Demokraten heute ein *Ausländerproblem* haben. Tagtäglich verkünden sie, dass „*wir Ausländer brauchen, die uns nützen, und keine, die uns ausnützen.*“ Der Bundespräsident heißt am Nationalfeiertag Ausländer willkommen, *wenn und nur* wenn sie sich in Deutschland *nützlich* machen. Sind das keine klaren Ansagen, nach welchen Maßstäben die deutsche Obrigkeit von heute die *Menschen sortiert*? Denn die Umkehrung, dass zigtausende arbeitslos gemachte Ausländer hier eigentlich *nichts mehr verloren haben*, weil sie tendenziell „*in unsere Sozialsysteme einwandern*“, ist in dieser großzügigen Einladung ja mit enthalten. Eine schöne Lebensperspektive für Ausländer – unter den Generalverdacht des *Schmarotzers* am deutschen Sozialstaat gestellt zu werden! Und einige Tausend fliegen jedes Jahr sowieso raus, weil sie den politischen Opportunitäten des Asylrechts oder den Bestimmungen des Ausländerrechts nicht genügen.

Echten *Deutschen* kann das nun tatsächlich nicht passieren; die genießen das Privileg, garantiert bis zur Bahre von der deutschen Herrschaft regiert zu werden, einer Herrschaft, die am *eigenen Volk* seine verlässliche Staatstreue, seine unerschütterliche *Parteilichkeit für die deutsche Nation* schätzt – weil sie eine überaus positive Bedingung zum Regieren ist, gerade wenn sich im Volk die Gründe für Unzufriedenheit durch Armut und Elend häufen.

Die deutschen Bürger danken dieses großartige Privileg ihrer Obrigkeit zutiefst, indem sie ungefähr so patriotisch denken, wie es die Nazi-Parole sagt – und zwar im Regelfall umso radikaler, je beschissener ihre soziale Lage ist. Sie haben, arbeitslos oder nicht, die Lektion gelernt, die Unzufriedenheit mit ihrer Lage – und davon künden die zahllosen Beschwerden über ebenso zahllose Ungerechtigkeiten – in eine *patriotische Anspruchshaltung* an ihre Obrigkeit münden zu lassen: *Ihr Staat* soll ihnen beistehen in ihrem Elend! Als Deutsche verlangen sie von ihren politischen Herren Besserstellung – und das heißt immer, die oberste Gewalt soll mit *den anderen*, in diesem Fall den Ausländern, härter umspringen, auch wenn die die gleiche marktwirtschaftliche Not leiden wie sie selbst.

Aus diesem allgegenwärtigen staatsbürgerlichen Sumpf erwachsen Rechtsradikale: Die nehmen

---

## Schaut man sich die Parolen genauer an, fragt man sich: **Worin unterscheiden sich die Nazis eigentlich vom demokratischen Konsens?**

die Erwartung, dass die politischen Herren exklusiv für *sie* zuständig sind, bitter ernst und sind von den Taten ihrer demokratischen Regierung tief enttäuscht. Die Kalkulationen demokratischer Ausländerpolitik

deuten sie sich als Schwäche und Verrat an den berechtigten Ansprüchen des deutschen Volkes, so dass sie von eben dieser Staatsgewalt ohne Umschweife und direkt fordern: „Deutschland den Deutschen, Ausländer raus!“

### ☛ **„ARBEITSPLÄTZE ZUERST FÜR DEUTSCHE. SOZIAL GEHT NUR NATIONAL!“**

Was stört euch an dieser Forderung der Braunen nach Arbeitsplätzen? Ist es v.a. das „*zuerst für Deutsche*“? Dieser ausländerfeindliche Zusatz ist der „*Mitte dieser Gesellschaft*“ doch gar nicht so fremd. Die Mehrheit aller Deutschen, die auf Arbeit angewiesen sind, hat ihn im Kopf, wenn sie „3 Millionen Arbeitslose“ und „3 Millionen Ausländer in Deutschland“ gegeneinander aufrechnen: Deutsche verlangen vom Staat eine *Vorzugsbehandlung*, damit sie und nicht die Falschen mit einem Arbeitsplatz über die Runden kommen. Es geht um ihren Lebensunterhalt, und da schauen sie als Erstes zugleich demutsvoll und fordernd nach *oben*, zur Obrigkeit, von der sie *Hilfe erwarten*, ausgerechnet von der Herrschaft, die den ganzen kapitalistischen Laden eingerichtet hat, ihn zusammenhält und ihnen all dieses kapitalis-

tische Elend eingebrockt hat! Hilfe verlangen sie ausgerechnet gegen ihre ausländischen Klassenbrüder: Denen soll der Staat ihre schäbigen Arbeits- und Lebensverhältnisse in diesem Land verwehren. *Die* sind ein deutsches Privileg: eine ebenso *bescheidene* wie *gemeine* Forderung.

Aber wer hat schon was gegen die Forderung nach „*Arbeitsplätzen*“, diesem hohen, nationalen Gut? Gegen diese Forderung ist man nur, wenn man weiß, was Arbeitsplätze *wirklich* sind: nämlich das marktwirtschaftliche Elend, dass die *Lebensinteressen* der Mehrzahl der Leute von kapitalistischen *Geldinteressen* abhängig gemacht sind. Leute, die kein nennenswertes *Geldeigentum* haben, *müssen* für Lohn arbeiten. Und dieser Zwang, sich fremden Interessen dienstbar machen zu müssen, schließt noch nicht einmal ein, dass man dann auch die Gelegenheit dazu erhält – die stiftet nämlich streng marktwirtschaftlich die unternehmerische Kalkulation mit der Arbeit: sie allein entscheidet darüber, ob man überhaupt und wer sich an einem Arbeitsplatz nützlich machen *kann*. Wenn diese das ganze Leben bestimmende Abhängigkeit durchgesetzt und anerkannt ist, dann haben Arbeitnehmer dieses grundverkehrte, systemnützliche und von der Politik deshalb auch anerkannte Bedürfnis nach *Beschäftigung*: Sie betteln um Arbeitsplätze – haargenau so wie NPDler sie als Erfüllung deutscher Arbeiterträume fordern! Und wenn man sich das Bedürfnis nach Beschäftigung und Hilfe vom Staat zur schlechten Gewohnheit gemacht hat, dann leuchtet es einem auch ein, wenn Merkel oder Gabriel ausrufen: „*Sozial ist, was Arbeit schafft!*“ Wenn die deutsche Politik einen deutschen Baukonzern vor der Übernahme durch einen spanischen schützt, wenn sie Niedriglöhne durchsetzt, damit in Deutschland rentabel gearbeitet wird, dann „*rettet sie deutsche Arbeitsplätze!*“ – und bedient das Bewusstsein systemtreuer Arbeiter mit der volksfreundlicheren Formulierung für Standortpolitik, die die Förderung der deutschen *Wirtschaft* mit einem *nationalen Sozialdienst* gleichsetzt. Ist da noch ein Unterschied auszumachen zu der Parole „*Sozial geht nur national!*“?

### ☛ **„ICH BIN STOLZ EIN DEUTSCHER ZU SEIN!“**

Dass Rechtsradikale mit ihrem Nationalstolz sich selbst feiern, um Fremde auszugrenzen, das ist euch klar, und das könnt ihr nicht leiden. Aber was sagt ihr, wenn sich die Kanzlerin oder der Präsident aufbaut und Fremden, die in Deutschland vielleicht arbeiten und leben wollen, zuruft:

„Wir sind eine Wertegemeinschaft!“ Fällt euch da auch auf, dass hier ein Anführer seiner Gemeinschaft ein penetrantes *Selbstlob* zuspricht? Dieses Selbstlob ist zugleich eine Drohung: Da wird nämlich den Fremden, die sich hier aufhalten wollen, der Maßstab aufgemacht, an den sie sich bedingungslos *anzupassen* haben. Ein Lob an die eigene Adresse, das schon überhaupt keine Begründung mehr braucht, *was* an dieser deutschen Gemeinschaft so toll sein soll, weil der Begriff der „abendländischen“, „westlichen“ oder eben: „deutschen Werte“ für sich schon sagt, dass alle Mitglieder den höchsten und besten Prinzipien dienen? *Genau so*, als spitzenmäßige Wertegemeinschaft, wollen demokratische Politiker ihre Nation verstanden wissen und ermuntern auf diese Art ihre deutschen Bürger dazu, *auf sich als Deutsche* stolz zu sein!

Diese Ermunterung findet beim angesprochenen Volk ein bombiges Echo, das wisst ihr auch: Erstens in der soliden, politisch stets abrufbaren Abneigung gegen *Fremde*. Zweitens lässt sich das Volk keine noch so blöde Gelegenheit, die ihm von oben geboten wird, entgegen, sein verkehrtes Bedürfnis nach einer höheren verschworenen Gemeinschaft, die einen stolz macht, zu befriedigen: „*unsere Lena*“, „*unser Aufschwung*“, die Fußball-Nationalmannschaft, „*wir sind Papst!*“, usw. usf. – Verkehrt schon deswegen, weil es im marktwirtschaftlichen Alltag dieser deutschen Gemeinschaft von beinharten Gegensätzen nur so wimmelt. Gegensätze, die übrigens gerade das sog. „einfache Volk“, Arbeitnehmer, Arbeitslose, Mieter, usw., sehr genau kennt und jeden Tag sehr unangenehm zu spüren bekommt. Für gute Patrioten sind das jedoch nur Widrigkeiten, die unbeachtlich sind, wenn man einem so großartigen nationalen Kollektiv angehören darf. Das bietet mit viel Einbildung eine gemütliche Heimat, wichtiger aber noch: Der Stolz auf dieses vorzügliche Kollektiv erlaubt, die Fremden, die der Glanz der Zugehörigkeit zu diesem Kollektiv nicht veredelt, von oben herab anzuschauen, ja zu verachten.

Was unterscheidet eigentlich diese allseits praktizierte und anerkannte Unsitte von den Rechtsradikalen? Ist es am Ende nur die rohe, ungehobelte, mit Knobelbechern und Braunhemd demonstrativ vorgetragene *Art*, die anständige Deutsche stört? Die Nazis nehmen sich heraus, ihren nationalistischen Stolz *ungebremst* zur Schau zu stellen. Aber sind denn Fahنشwenken, Grölen und Gesichter-Anmalen beim Public-Viewing ganz was anderes und haben mit diesem nationalistischen Stolz *nichts* zu tun?

☛ „**DIE GLOBALE KRISE ZERSTÖRT UNSERE WIRTSCHAFT. KAUF DEUTSCHE PRODUKTE!**“

☛ „**VOLKSGEMEINSCHAFT STATT GLOBALISIERUNG!**“

So tönen Neonazis zur Weltwirtschaftskrise. Auf die Tour, Deutschland als *Opfer* auszugeben – unverantwortliche Geldhäuser in Amerika waren die Haupttäter – haben sich auch Merkel, Steinbrück, Schäuble usw. verstanden. Aber das war nur der Auftakt zum Angriff auf andere Staaten: Jetzt werden „wir“ die niederkonkurrieren. *Deutschland* soll stärker aus der Krise hinausgehen, als ...; *Frankreich* geht es nichts an, wenn *wir* durch Lohnsenkungen den Rest von Europa niederkonkurrieren; die *Griechen* sollen für ihre Erfolglosigkeit zahlen, damit unser Euro nicht kaputt geht. Das sind nichts anderes als die gar nicht „gestrigen“, sondern demokratisch-aktuellen Ansprüche und Zurechtweisungen, mit denen die deutsche Regierung mit all ihrer Macht Schaden von der *deutschen Nation* abwendet und anderen Nationen aufhalst: Ein verdienendes Bankenwesen, wachsende Unternehmensbilanzen und eine erfolgreiche Währung für den *deutschen Standort* – das sind die Sorgeobjekte der Politiker, denen sie alle anderen Lebensinteressen sei es in Deutschland oder anderswo bedingungslos unterordnen. Eine nationale Öffentlichkeit verdolmetscht mit einem gigantischen Propagandaaufwand diese *Staatsorgen* den Leuten, die von ihrer Hände Arbeit leben müssen, als ihre eigenen Interessen: „*Unsere Wirtschaft*“ muss gut durch die Krise kommen.

Dass „*deutsche Produkte*“ von den Deutschen gekauft werden sollen, damit „*unsere Wirtschaft*“ nicht an der Krise leidet, diese Parole der Neonazis ist den regierenden Standortpolitikern allerdings wirklich zu bescheiden – die senken mit Leih-, Kurzarbeit, ihrer Niedriglohn- und Armenpolitik dermaßen den Preis der Arbeit, dass *die ganze Welt* an deutschen Produkten als unwiderstehlichem kapitalistischem Angebot nicht vorbeikommt. Dass sie anderen Staatsführern da und dort auch mal Zugeständnisse machen, das ist deswegen auch alles andere als eine *nationale Schwäche*, wie die Rechtsradikalen meinen, wenn sie Merkel, Westerwelle und Co die „Globalisierung“ als „*Verrat an der deutschen Volksgemeinschaft*“ vorwerfen. Das gehört vielmehr mit zu dem Instrumentarium, mit dem moderne Weltmarktstrategen kühl kalkulierend der deutschen Wirtschaft den *globalisierten Markt* erschließen und sichern.

## ☛ „RAUS AUS AFGHANISTAN – KEIN BLUT FÜR DIE USA!“

Da haben die Nazis doch wirklich „in die Mitte der Gesellschaft“ getroffen. Wer ist, die Regierenden eingeschlossen, mit *diesem* Krieg schon zufrieden? Längst werden Abzugspläne geschmiedet, seit Kriegsbeginn wird mit den USA um die Kriegslasten gestritten, weil Verlauf und Ergebnis für *die Nation* zu wünschen übrig lassen. Diese Skepsis verwechselt auch niemand mit einer Gegnerschaft gegen Krieg überhaupt: Dass der Einsatz von Waffen und Volk ein legitimes Mittel demokratischer Politik ist, daran haben sich längst alle gewöhnt, bis auf eine als weltfremd verschriene kleine Minderheit bei den Linken vielleicht.

Nur: Ein Krieg muss sich eben *lohn*en, für die Nation, und da beschleicht mit jedem aus Afghanistan heimkehrenden Zinksarg Rechtsradikale

---

Was die Sorge um die Begeisterung für die nationale Sache angeht, **unterscheiden sich Demokraten nicht von den Nazis.**

ein besonders starker Zweifel, weil sie der offiziellen *Kriegslegende*, wie jeder andere gestandene Nationalist auch, nicht auf den Leim gehen: Dass deutsche Soldaten sterben *bloß für* „Brunnenbau“,

„Mädchenschulen“ und „Demokratie“ „dort hinten“, *das* ist für jeden national denkenden Deutschen sowieso eine Zumutung. Wenn Krieg geführt wird, dann für die machtvolle Durchsetzung *deutscher* Staatsinteressen gegen alle anderen. Eine Regierung, die mit so verlogenen Begründungen daherkommt, kann in den Augen der Nazis nur vertuschen wollen, dass sie sich in Wahrheit als *Lakai fremder Interessen* betätigt, wenn sie ihre Truppen nach Afghanistan schickt. Sie lässt sich einspannen für einen „US-Krieg“, weswegen die Neonazis die Behauptung, dass Deutschland „*am Hindukusch verteidigt wird*“, nur für die Ausrede einer schwachen Regierung halten, die Deutschland an die USA verkauft. So vermögen sie *überhaupt keinen deutschen* Ertrag

mehr zu erkennen, weil sie die übergeordneten Kalkulationen der deutschen Kriegsherren mit NATO, UN und USA verpassen: Deutschland kämpft in Afghanistan eben um seine Rolle *in* seinen Bündnissen, es setzt auf sein Gewicht *in* der UN als Instrument deutscher Weltpolitik und kalkuliert bis auf Weiteres *mit* den USA. Eine schöne Problemlage einer modernen Mittelmacht, deretwegen sich aber eben *eindeutige* Parolen *gegen* die Führungsmacht verbieten!

★

**E**ine ordentliche Auseinandersetzung *zwischen* Demokraten und Rechtsradikalen um all diese Parolen findet nicht statt. Von den Rechten ohnehin nicht: Nazis sind Gegner der Demokratie, weil sie ihre nationalen Anliegen von der schlecht bedient, ja verraten sehen, und sie greifen diesen Staat an. Aber auch gute Demokraten führen diese Auseinandersetzung nicht: Was die Sorge um und die Begeisterung für die *nationale Sache* angeht, unterscheiden sie sich ja gar nicht von den Rechtsradikalen, können sie also auch gar nicht *kritisieren*. Eins können sie aber schon: Die Neonazis mit dem Hinweis auf die Verbrechen, die ihre Vorläufer in Deutschland und der Welt angerichtet haben, *ächten*, und – wenn es regierende Demokraten für opportun halten – mit den Mitteln der staatlichen Gewalt *verfolgen*. Den Beweis für die Güte und Überlegenheit der Demokratie führt die demokratische Herrschaft also ausschließlich so, dass sie ihr Gewaltmonopol gegen eine unliebsame Konkurrenz ins Feld führt und durchsetzt. Da findet eine *Konkurrenz um die Herrschaft* statt. Die Konkurrenten sind sich spinnefeind, das ist überdeutlich. Aber ist es deswegen richtig, in dieser Konkurrenz *Partei zu ergreifen* und sich am Ende auch noch mit dem Zuschlagen der Staatsgewalt gemein zu machen, es sogar zu fordern? Irgendwie konsequent ist das offensichtlich schon, wenn man alles, was man an der bundesdeutschen Demokratie für kritikabel hält, zurückstellt hinter das alles überragende Anliegen, die Demokratie zu *verteidigen*.

---

[www.gegenstandpunkt.com](http://www.gegenstandpunkt.com) » *Politische Vierteljahreszeitschrift und Verlag*

[www.sozialistischegruppe.de](http://www.sozialistischegruppe.de) » *Marxistische Veranstaltungen, Texte, Hochschulzeitung, ...*

[doku.argudiss.de](http://doku.argudiss.de) » *Vortragsmitschnitte, u.a. zu den im Flugblatt angesprochenen Themen*

**Diskussionstermin**

Jeden Dienstag, 20 Uhr, Desi (Brückenstraße 23, Nbg.)  
Themen im Internet: [www.sozialistischegruppe.de](http://www.sozialistischegruppe.de)